

Wertheimer, Robert G.

Article — Digitized Version

Die amerikanische Wirtschaft im Jahre 1963

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wertheimer, Robert G. (1963) : Die amerikanische Wirtschaft im Jahre 1963, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 3, pp. 117-119

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133291>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die amerikanische Wirtschaft im Jahre 1963

Prof. Dr. Robert G. Wertheimer, Cambridge/Mass.

Bis vor kurzem schienen die Wirtschaftsprognosen für das Jahr 1963 verworrener zu sein, als das gewöhnlich der Fall ist. Nach den für das vergangene Jahr verfügbaren Daten wurde 1962 ein Bruttosozialprodukt zu annähernd stabilen Preisen von 555 Mrd. \$ erreicht, das einer Steigerung von 7% gegenüber dem des schwachen Vorjahres entspricht. Das Warnsignal der Börse in den ersten Frühlingstagen, das auf eine mögliche Depression hinwies, gab falsche Zeichen, da drei Viertel der Verluste — allerdings nur durch ertragbringende Wertpapiere — wieder eingebracht wurden. Die Erholung seit dem Tief von 1961 dauert nun schon zwei Jahre, ein Zeitraum, der nach Ansicht der Konjunkturexperten nahe an die durchschnittliche Länge einer Konjunkturphase herankommt.

Das Nachlassen der industriellen Produktion, das seit einigen Wochen anhält, gab Anlaß zur Spekulationen über einen gemäßigten Wirtschaftsabschwung wenigstens für das erste Halbjahr 1963. Das Fehlen eines echten Investitionsbooms für Anlagen und Ausrüstungen, für die dieses Jahr 39 Mrd. \$ gegenüber 37 Mrd. \$ 1962 aufgewendet werden sollen, und die langsam wachsenden Gewinne, die nach letzten Voraussagen für das Jahr 1963 nicht mehr als 52 Mrd. \$ (vor Steuerabzug) betragen werden, stellen die ernsthaftesten Hindernisse auf dem Weg zu einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung dar.

Die gegenwärtige Entwicklung

Trotz einiger Symptome, die pessimistische Vorstellungen über die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung rechtfertigen würden, wie z. B. ein bestenfalls im gleichen Umfang sich vollziehender Auftragseingang, die Unfähigkeit der breiten Masse — sofern sie als Käufer auftritt, der ein Risiko übernimmt —, die Zusammenhänge des Tiefstandes der Kurse auf dem Wertpapiermarkt zu begreifen, und die enttäuschenden Gewinnspannen, die trotz wachsender Geschäftstätigkeit nur 6% des Absatzes betragen, könnten die kommenden Monate unerwartet bessere Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Offizielle, gemäßigt optimistische Darstellungen sagen einen Anstieg des Bruttosozialprodukts auf 570 Mrd. \$ für 1963 voraus. Dieser erneute Zuwachs entspricht einer Steigerung von 3,6% bei erwarteten Preis-

steigerungen von 1,5%. Das würde auf eine jährliche Wachstumsrate hindeuten, die unter der von der Regierung Kennedy angestrebten liegt. Auf Grund einer derartigen Entwicklung kann man kaum erwarten, daß der überaus wichtige Index der industriellen Produktion über den gegenwärtigen Stand von 120 (1957/59 = 100) steigt. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß dieser Index 1962 um 8 Punkte stieg. Trotz der Stagnation in der industriellen Produktion läßt sich jedoch auf Grund steigender privater und öffentlicher Ausgaben auf dem Dienstleistungssektor ein Wachstum erzielen. Viele Wirtschaftswissenschaftler bezweifeln aber selbst die Möglichkeit einer begrenzten Steigerung der Wachstumsraten und führen als Argument ins Feld, daß die seit zwei Jahren anhaltende wirtschaftliche Erholung die durchschnittliche Länge konjunktureller Aufschwünge erreicht habe und daß sich deshalb früher oder später der Abschwung trotz der gegenwärtigen Anzeichen für eine anhaltende Expansion durchsetzen wird.

Ich widerspreche diesem Urteil von ganzem Herzen und gebe hier meine eigene Darstellung, die auf eine Erholung der Wirtschaft hinweist, die besser ist, als erwartet, und die das Bruttosozialprodukt aus den nachfolgend angeführten Gründen näher an die Größenordnung von 600 Mrd. \$ heranführen wird.

Verheißungsvolle Zukunft

Wer sich in seinen wirtschaftlichen Überlegungen auf die Kursentwicklungen der Börse stützt und sie als einen Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung ansieht, dem offenbarten sich dramatische Wandlungen. Selbst wenn der Wertpapiermarkt noch keinen Anstieg auf breiter Front aufweist, der die meisten Aktien erfaßt, so haben doch die finsternen Voraussagen, die für Ende 1962 einen Dow-Jones Index von 450 oder sogar nur 400 ankündigten (gegenwärtig steht er bei 680), weit vorbeigeschossen. Diese Wandlungen geben einen Hinweis darauf, daß erfahrene Investoren (denn es war nicht der kleine Mann, der diese Wandlungen verursacht hat) die wirtschaftliche Lage noch einmal überprüften und ihre Entscheidungen revidierten. Ein derartiger Optimismus erfordert realistische und substantielle Unterstützung durch echte wirtschaftliche Tatsachen, die mit diesem optimistischen Klima in Einklang stehen müssen. Dieses Klima ist ein klarer Hin-

weis darauf, daß die Nachfrage nach Wertpapieren das Angebot übersteigt. Es gab natürlich Zeiten, da die Börse als Barometer versagte, aber in diesem hier vorliegenden Fall sprechen die Tatsachen für sich.

Trotz einer Verlangsamung der wirtschaftlichen Erholung, die im vergangenen Sommer einsetzte, kann man nicht sagen, daß die wachstumsfördernden Kräfte zu einem Stillstand gekommen sind.

Der Kraftfahrzeugmarkt steht weiterhin im Zeichen einer Hochkonjunktur, die Lagerbestände an Kraftfahrzeugen sind niedrig, und man erwartet, daß der Absatz sogar die Größenordnung von 1962 überschreiten wird, die es z. B. den General Motors gestattete, 1,5 Mrd. \$ zu verdienen! Die Zahl der nicht-landwirtschaftlichen Arbeitskräfte — eine weitere entscheidende Komponente der Wirtschaft — nahm um 1,3 Mill. zu. Wenn auch für die Zukunft mit einer Arbeitslosigkeit von 5% bis 5,5% gerechnet werden muß, so wird doch für 1963 ein weiterer Anstieg der Beschäftigtenzahl erwartet. Ein anderer wichtiger Indikator sind die Aufträge für langlebige Wirtschaftsgüter, die von einer monatlichen Basis von 13 Mrd. \$ im Februar 1961 auf 16 Mrd. \$ in den letzten Monaten stiegen. Diese zum Optimismus anreizenden Anzeichen werden ergänzt durch die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40,4 Stunden, durch die Vermeidung bedeutender Lageraufstockungen (die gegenwärtige Jahresquote beläuft sich auf 3 Mrd. \$) und die bescheidene Ausnutzung von Konsumentenkrediten. Erwähnenswert sind auch noch einige andere wichtige Tendenzen, wie die Aufwärtsbewegung der Rohstoffpreise, die jahrelang träge bei 84 (1947/49 = 100) verharrten, und die Verringerung der vielberufenen Überschußkapazitäten. Letzteres ist zu einem Hauptfaktor dafür geworden, den Druck auf die Erträge zu überwinden, nicht so sehr durch die Ausnutzung der Überschußkapazitäten als durch Stilllegungen weniger leistungsfähiger Anlagen.

In dieser allgemeinen Analyse wurden bisher zwei Faktoren, die eine Schlüsselbedeutung einnehmen, nicht erörtert, nämlich die Entwicklung der Privatinvestitionen und die Regierungsausgaben. Was die Privatinvestitionen betrifft, sollte man von einem Aufwand für Produktionsanlagen und Ausrüstungen von etwa 39 Mrd. \$ ausgehen, obwohl Investitionen bei kostensparenden Projekten schneller steigen können, als man erwartet. Andere Aufwendungen für private Bauvorhaben steigen weiter an, sie liegen gegenwärtig bei jährlich 45 Mrd. \$ und sinken während der Wintermonate weniger als gewöhnlich.

Durch Lohndruck verursachter Investitionsboom?

Zurückblickend läßt sich ganz allgemein sagen, daß die schnelle Veralterung von Anlagen durch den technischen Fortschritt zu einem Nachholbedarf für Anlageerneuerungen in Höhe von 100 Mrd. \$ geführt hat. Nur wenige Finanzierungsprobleme stehen einem derartig gigantischen Erneuerungsprogramm im Wege. Nicht nur der internal cash flow (die Mittel aus einbehaltenen Gewinnen und Abschreibungen) ist gestiegen, son-

dern auch die Spareinlagen und langfristigen Einlagen sind schnell angewachsen und machen Investitionsmittel verfügbar. Der eben eingeführte steuerbegünstigte Investitionskredit von 7% auf die meisten Anschaffungen von Ausrüstungen und die Abschreibungsreform sind weitere stützende Faktoren. Es bleibt lediglich die Frage, ob die Industrie zu der Entscheidung gelangen wird, die Wachstumspläne jetzt in Angriff zu nehmen. Der Nachdruck, den die Regierung Kennedy darauf legte, das Vertrauen in die Wirtschaft wiederherzustellen und die Geschäftsgewinne zu begünstigen, sorgten für ein Klima, das derartige Entscheidungen erleichtern könnte.

Überlegungen hinsichtlich der Lohnkosten sind natürlich von großer Bedeutung. Während die Kosten der Produktionseinheit im vergangenen Jahr einigermaßen stabil blieben und die Wirtschaft eine erstaunliche Fähigkeit bewies, mit dem Druck auf die Erträge fertig zu werden (hauptsächlich durch bessere Leistungen der Führungskräfte), zeigen die heutigen Tendenzen Veränderungen an. Trotz überschüssiger Kapazitäten und Arbeitslosigkeit liegt der Hauch einer Inflationsgefahr in der Luft, die mit einer auf scharfe Lohnerhöhungen gerichteten Gewerkschaftspolitik im Zusammenhang steht. Nach den Richtlinien der Regierung sollten Industrielöhne und zusätzliche Sozialaufwendungen nur so schnell ansteigen wie die Gesamtproduktivität, d. h. mit einer Jahresrate von 3%.

Die Beilegung des kürzlich durchgeführten Dockarbeiterstreiks sieht eine Lohnkostensteigerung von mindestens 5,5% vor, ohne daß irgendwelche Zugeständnisse hinsichtlich höherer Leistungen der Arbeiterschaft gemacht werden. In anderen Industriezweigen wird das Thema einer 35-Stunden-Woche mit doppelter Bezahlung für die erwarteten fünf zusätzlich geleisteten Arbeitsstunden pro Woche immer wieder aufgenommen. Früher oder später wird der immer wieder erneute Lohndruck die Industrie zu dem langverzögerten Investitionsboom zwingen.

Selbst geringe Zunahmen beim Aufwand für Privatinvestitionen gehen Hand in Hand mit steigenden Ausgaben für Lagerbestände. Beide Posten zusammengekommen könnten für 1962 eine Ausgabenerhöhung von 10 Mrd. \$ ausmachen. Selbst ohne Steuer senkungen erwartet man, daß die Verbraucherausgaben — wenigstens bei kurzlebigen Gütern und bei Dienstleistungen — um 3% wachsen werden, obwohl der gesamte Einzelhandelsabsatz im Januar 1963 den des gleichen Zeitraums im Vorjahr mit 9% bereits weit überschritten hat.

Die vom Bankensystem gewährten Darlehen stiegen 1962 erheblich, nämlich um 8,5%, wobei die letzten Monate des Jahres eine mehr als anteilmäßige Erhöhung aufwiesen. Das bedeutet, daß sich die Auswirkung dieser Anregung im laufenden Jahr zeigen wird. Das Schatzamt der USA belohnt langfristige Gelder weiterhin großzügig mit einer Verzinsung von 3,75%, verglichen mit einem gegenwärtigen Diskontsatz von 3%. Zu weiteren günstigen Faktoren gehört endlich die Tatsache, daß die Dividendenzahlungen im Januar

1963 bei fast allen Gesellschaften höher waren als im Vergleichsmonat 1962, während gleichzeitig die Rekordhöhe der Einfuhr mit 16,4 Mrd. \$ im Jahre 1962 auf eine steigende Nachfrage auf dem Binnenmarkt hinweist.

Haushaltspolitische Aspekte

Die Rolle der Regierung wird für die Zukunft noch bedeutungsvoller sein, als sie es bisher war. Gegenwärtig erwartet man für das Haushaltsjahr 1963, das am 30. Juni 1963 endet, ein Defizit von 8 Mrd. \$. Wenn das vorgeschlagene Steuerreformprogramm Gesetzeskraft erlangen sollte, kann dieses Defizit auf 10 Mrd. \$ oder mehr ansteigen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß infolge der Stimulierung eines schneller wachsenden Sozialprodukts ein Teil des Haushaltsdefizits ausgeglichen werden könnte. Grundsätzlich schlägt die Regierung vor, auf die Verbrauchernachfrage und damit auf die Geschäftsgewinne durch steuerpolitische Maßnahmen anregend zu wirken, um auf diese Weise ein schnelleres Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Im einzelnen sieht die Steuerreform folgendes vor: Senkung der Einkommensteuersätze von gegenwärtig 20 bis 91 % auf 14 bis 65 %, um eine Erhöhung der Verbrauchsausgaben der mittleren Einkommensstufen zuzulassen; Senkung der Körperschaftsteuer um 5 Punkte von gegenwärtig 52 % auf 47 %. Dadurch sparen die Aktiengesellschaften wenigstens 2,5 Mrd. \$ jährlich (bei den jetzigen Gewinnen), und zwar zusätzlich zu den bereits eingesparten 2 Mrd. \$, die durch die Vergünstigungen für Investitionskredite und schnellere Abschreibungsmöglichkeiten erzielt wurden.

Die Lösung wirtschaftlicher und politischer Aufgaben scheint gesichert

Wenn diese Maßnahmen den erwarteten Anreiz bieten, könnte nicht nur die Arbeitslosigkeit unter eine Quote von 4 % gesenkt, sondern auch das Bruttosozialprodukt näher an die 600-Mrd.-\$-Grenze herangeführt werden. Es ist offensichtlich, daß eine derartige an eine Hochkonjunktur grenzende Atmosphäre mit gewissen Preissteigerungen bezahlt werden müßte.

Falls das Bruttosozialprodukt infolge dieser Entwicklung 585 Mrd. \$ erreichen sollte, müßte man wohl einen Preissteigerungsfaktor von 1,5 % bis 2,5 % einkalkulieren, der aber immer noch eine reale Wachstumsrate von nahezu 4 % ermöglichen würde.

Der gegenüber einer Inflation sonst empfindlich reagierende Vorsitzende des Federal Reserve Board, das für die Währungspolitik verantwortlich ist, Martin, stimmte vor dem „Joint Economic Committee“ des Kongresses am 1. 2. 1963 dem Gedanken einer Steuer-senkung zu und versprach, eine vergleichsweise „easy money policy“ beizubehalten, um die geplante wirtschaftliche Expansion zu unterstützen, soweit sie von geeigneten finanzpolitischen Maßnahmen abhängt.

In dieser Planung sind steigende Ausgaben des Bundes, die sich durch die Kubakrise und den indisch-chinesischen Grenzkonflikt ergeben haben, bereits berücksichtigt. Bei einer Einschätzung des Wirtschaftsverlaufs im Jahre 1963 sollte dem durch die Entwicklung des Wertpapiermarktes und die Verhaltensweise in der Kubakrise wiederhergestellten öffentlichen Vertrauen ein ebenso großes Gewicht beigemessen werden wie dem Bestreben der Regierung, eine für die Wirtschaft günstige Steuerreform durchzuführen. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung sollte eine beträchtliche Steigerung der staatlichen und privaten Aufwendungen für Entwicklungsländer erwartet werden können. Störungen sollten keinesfalls mit der jüngsten Entwicklung des Gemeinsamen Marktes in Zusammenhang gebracht werden, denn die amerikanischen Wünsche können auf den einfachen Nenner zurückgeführt werden: Erwartung einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit so vielen Ländern Europas und der übrigen Welt wie möglich. Diese Zusammenarbeit ist besonders notwendig für die Hilfe an die schwächeren Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens. Ihre Entschlossenheit, ein wirtschaftliches Wachstum im Einklang mit der freien Welt zu erzielen, muß allgemein unterstützt werden, damit nicht die Schatten der totalitären Wirtschaftssysteme auf noch weitere Gebiete fallen.

Die DEUTSCHE BUNDESBAHN

befördert jedes Gut jeder Zeit

- Moderne Güterwagen, auch für schwerste Güter
- Großbehälter verschiedener Art
- Paletten für rationellen Versand
- Güterkraftverkehr

sind nur einige der von ihr gebotenen Möglichkeiten.

Darum



- Transport Ihr Vorteil

Bundesbahndirektion Hamburg